

Es ist vorbei

„Wir haben einen souveränen dritten Platz erreicht und sind dabei fast gleichauf mit dem Kandidaten der SPD.

Ich habe mit großer Unterstützung durch die gesamte Partei in den letzten Wochen einen intensiven, konzentrierten Wahlkampf geführt. Es ist mir gelungen, trotz der anfangs noch geringen Bekanntheit, mit vielen Rostockerinnen und Rostockern ins Gespräch zu kommen. Das hat mir viel Freude gemacht.

**13,8 Prozent –
Danke für Ihre Stimme!**

Besorgniserregend finde ich die überaus geringe Wahlbeteiligung. Das sollte uns allen, auch dem alten neuen Oberbürgermeister, zu denken geben.

Einschätzung nicht teilen. Ich hätte einen Wechsel an der Spitze der Stadt notwendig gefunden. Nur so wären die Blockaden bei der Zusammenarbeit von Oberbürgermeister, Bürgerschaft, Senatoren, Ortsbeiräten und anderen Akteuren der Stadtgesellschaft aufzulösen gewesen.

Ansonsten zeigt das Ergebnis, dass die Wählerinnen und Wähler in Rostock mehrheitlich meine

Ich respektiere natürlich die Meinung der Wählerinnen und Wähler und gratuliere Roland Methling zur Wiederwahl.

Wir wünschen Roland Methling im Interesse unserer Stadt Erfolg im Amt. Wir werden ihn unterstützen, wenn er Unterstützung verdient. Wir werden ihn kritisieren, wenn Kritik notwendig ist.

Persönlich freue ich mich darauf, mich weiter politisch in meiner Heimatstadt einzubringen.“

Kerstin Liebich



**In dieser
Ausgabe**

Seite 2	: Editorial	Seite 10	: Betrachtung
Seite 3	: Kommentar	Seite 11	: AG Seniorenpolitik
Seite 4	: Rostock lieb-ich	Seite 12	: Neofaschismus
Seite 5	: Hilfe für die Ukraine	Seite 13	: Erklärung
Seite 6/7	: Mitgliederentscheid	Seite 14	: Plattdeutsch
Seite 8	: Interview	Seite 15	: Termine
Seite 9	: Recht auf Wohnen	Seite 16	: Oskar Lafontaine

Liebe Leserinnen und Leser,

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. So lautet das Lebensmotto unserer OB-Kandidatin Kerstin Liebich. In der LINKEN steht sie damit nicht allein, wie Ihr gleich auf Seite 5 lesen könnt. DIE LINKE muss außerhalb der Parlamente wirken, aber auch in ihnen. So wie Regine Lück und Hikmat al-Sabty, die uns einen Einblick in ihre Arbeit geben. Kerstin Liebich zieht ein erstes Fazit ihres OB-Wahlkampfes. Heiß diskutiert wurde in den letzten Wochen über die Wahl einer neuen Parteiführung. Während der Klartext eine verdiente Weihnachtspause einlegte, preschte unser Landesvorstand mit seinem Antrag auf Mitgliederbefragung vor. Nun ist die Sache gelaufen, aber wir gönnen uns doch noch eine Doppelseite, um das Problem zu erörtern. Damit ist die Personaldebatte dann aber beendet. Versprochen!

Nico Burmeister berichtet über den

Neofaschismus in MV, zudem dokumentieren wir eine Erklärung der Rostocker VVN-BO. Mirian Bauer setzt sich mit der Entwicklung von Bündnis 90/Die Grünen auseinander. Übrigens gibt der Rostocker Kreisvorstand seit geraumer Zeit eine Sofortinformation nach seinen Sitzungen heraus, die über den E-Mail-Verteiler verschickt wird. Solltet Ihr trotz E-Mail-Konto die Sofortinfo nicht bekommen, meldet Euch bitte bei Andreas Reinke unter kgf@dielinke-rostock.de. Gleiches gilt für die elektronische Version des Klartext, die sofort nach Drucklegung verschickt wird. Egal wie und wo Ihr den Klartext lest, viel Vergnügen wünscht Euch Carsten Penzlin



KLARTEXT online

Mehr Bürgerbeteiligung in Rostock!

Kanonsberg, Wallanlagen, Holzhalbinsel – vieles kann schiefgehen, wenn die Rostockerinnen und Rostocker nicht gefragt werden. Wer hätte denn Geld dafür ausgegeben, den Kanonsberg derart zu verunstalten? Niemand! Oder wer hätte dieses Parkhaus in die Einfahrt zur Holzhalbinsel gesetzt? Niemand!

Die Bürgerbegehren der jüngsten Vergangenheit beweisen: Die RostockerInnen wollen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Generell mehr Bürgerbeteiligung zu fordern, das ist jedoch leicht. Doch wie lässt sich die Einbeziehung der BürgerInnen institutionalisieren?

1. Unsere Ortsbeiräte realisieren direkte Demokratie vor Ort und sind unerlässliche Berater für Bürgerschaft und Verwaltung. Deshalb gratuliere ich herzlich zum 20-jährigen Jubiläum, das im Januar gefeiert wird. Die Ortsbeiräte wären für mich als Oberbürgermeisterin sehr wichtige Ansprechpartner, um immer die Bedürfnisse der Stadtteile im Auge zu behalten.

2. In Rostock wird es bald einen Gestaltungsbeirat geben, der die Bauvorhaben

der Hansestadt kritisch beäugt und Vorschläge unterbreitet. Ich unterstütze diese Initiative.

3. Als Oberbürgermeisterin würde ich regelmäßig in allen Stadtteilen Einwohnerversammlungen machen. Dort können alle reden, fragen und sich einbringen, ohne gewählt sein zu müssen.

4. Das Modell der Bürgerprojekte sollte ausgebaut werden. Diese Form der Zusammenarbeit schafft ein Wir-Gefühl, stärkt soziale Beziehungen und schafft gegenseitige Verantwortung.

5. Auch individuelle Bürgersprechstunden gehören für mich zur politischen Arbeit dazu. Manchmal braucht Bürgernähe eine warme Tasse Kaffee und Zeit zu zweit.

Kerstin Liebich

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE.Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE.Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.die-linke-guestrow.de

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Edeltraud Crepon,
Maren Haase, Lars Kulesch,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet:

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Kommentar zum Ausgang der OB-Wahl am 5. Februar 2012

Die Wahl des Oberbürgermeisters wurde entgegen den allgemeinen Erwartungen bereits im ersten Wahlgang entschieden.



Der Amtsinhaber Roland Methling erhielt 53,8 % der Wählerstimmen. Die Besorgnis erregende niedrige Wahlbeteiligung lag bei 36,6 % (2005: 42,7 %). Unsere OB-Kandidatin Kerstin Liebich erreichte mit 13,8 % einen souveränen dritten Platz, fast gleichauf mit dem SPD-Bewerber Ait Stapelfeld (13,9 %), obwohl sie den Rostockerinnen und Rostockern zunächst völlig unbekannt war.

Kerstin Liebich hat mit der breiten Unterstützung der gesamten Partei in den letzten Wochen einen intensiven, konzentrierten, bürgernahen Wahlkampf geführt. Unsere sympathische Kandidatin konnte in zahlreichen Gesprächen durch ihre Fachkompetenz, politische Erfahrung und menschliche Ausstrahlung überzeugen. Bei Eis und Kälte bot sich leider nicht immer ausreichend Zeit und Gelegenheit zum Gedankenaustausch, der Kerstin besonders wichtig war und große Freude bereitet hat. Wir danken allen fleißigen Wahlhelfern und Unterstützern, die in Gesprächen auf der Straße, bei Veranstaltungen, im Haus und im Betrieb für die Teilnahme an der Wahl und die Stimme für unsere Kandidatin gewonnen haben. Wir haben diesmal zwar nicht gewonnen, aber

sehr große Achtung und Anerkennung für Kerstin Liebich erworben. Das könnte sich langfristig positiv auswirken.

DIE LINKE hat im Gegensatz zu den Gegenkandidaten keine Materialschlacht, die von der Bevölkerung auch sehr kritisch bewertet wird, geliefert. Wir haben nach der Devise „Klasse statt Masse“ sehr gezielt und konzentriert Wahlwerbemittel eingesetzt: Personenfaltblatt, hervorragende Großplakate, gut platzierte A 1-Plakate an Masten und Litfaßsäulen, Postkarten, Schlüsselanhänger, Beutel, Einkaufschips u.a.. Unsere Wahlwerbung wurde von unabhängigen Begutachtern sehr positiv bewertet. Die Stammbesetzung der „Flinken Kiste“ hat im Zusammenwirken mit hochmotivierten Genossinnen und Genossen in den Stadtteilen eine auf die Menschen zugehende Werbung für Kerstin Liebich betrieben. Hilfreich war dafür auch die sehr gut angenommene Sammlung von Unterschriften für einen Mindestlohn von 10 €. Natürlich ist nicht immer alles gelungen, aber es gab nur wenige Pannen. Alle Beteiligten sind sich einig, dass dieser OB-Wahlkampf auch eine mobilisierende und Identität stiftende Wirkung in die Partei hinein entfaltet hat.

Es ist nicht überraschend, dass bei einer Bürgermeisterwahl, in der der Amtsinhaber ganz ausdrücklich einen Anti-Parteien-Wahlkampf führt, die Ergebnisse für die Parteikandidaten niedriger ausfallen als bei Wahlen der Bürgerschaft. Dass Roland Methling erneut bereits im ersten Wahlgang gewählt wurde, ist nicht zuletzt auf die geringe Wahlbeteiligung zurückzuführen. Alle Kandidatinnen und Kandidaten sowie die Parteien müssen selbstkritisch analysieren, warum es nicht gelungen ist, mehr Menschen für die Beteiligung an der OB-Wahl zu motivieren. Das gilt auch für DIE LINKE. Der Verweis auf die sibirische Kälte und den Beginn der Winterferien am 4. Februar kann als Erklärung nicht ausreichend sein.

Wir müssen uns auch fragen und beantworten, warum wir unser Wählerklientel nicht von der Notwendigkeit eines Wechsels an der Spitze der Stadtpolitik und -verwaltung überzeugen konnten. Dieser Wechsel war und ist notwendig, um mehr

Gemeinsamkeit, weniger Streit, mehr Respekt gegenüber den Beschlüssen der Bürgerschaft und Ortsbeiräte, mehr politische Kultur in der Stadt zu erreichen. Ich kenne viele parteiunabhängige Persönlichkeiten der so genannten „Stadtgesellschaft“, die sich einen anderen OB wünschen, die aber nicht bereit waren, diese Meinung öffentlich zu machen. Auch diese entpolitisierte anonyme Stadtgesellschaft trägt Verantwortung für die Stärkung der Demokratie in unserer Stadt. Die Ankündigung von Roland Methling am Wahlabend, dass er gern zur Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft bereit ist, wenn sie seinen Vorstellungen folgt, ist wohl mehr eine Drohung als ein Angebot. Aber auch und besonders der OB ist gefordert, demokratische Grundregeln zu achten und zu praktizieren, die Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft, den Senatoren, den Ortsbeiräten und anderen Akteuren zu fördern. Sonst wird sich das beklagenswerte schlechte politische Klima in den nächsten sieben Jahren kaum ändern.

Natürlich gehört es zur demokratischen Kultur, dem wiedergewählten Oberbürgermeister zu gratulieren und ihm Erfolg im Amt zu wünschen. Das haben wir aus Respekt vor der demokratischen Bürgerentscheidung und dem Amt getan. Wir werden ihn unterstützen, wenn er Unterstützung verdient hat, wir werden ihn kritisieren, wenn Kritik notwendig ist.

Die für mich beste Botschaft an diesem Wahlabend war die Ankündigung von Kerstin Liebich, dass sie in Rostock bleiben und sich politisch engagieren will. Das wird ihre Bekanntheit in Rostock weiter erhöhen, so dass wir in sieben Jahren mit ihr noch aussichtsreicher in den nächsten OB-Wahlkampf gehen können. In diesem Sinne sage ich: nach der Wahl ist vor der Wahl!

Prof. Dr. Wolfgang Methling
Kreisvorsitzender
DIE LINKE Rostock



Rostock Lieb-ich

Als mich der Chefredakteur unseres Klar-
textes gefragt hat, ob ich mitten im Wahl-
kampf etwas schreiben kann, habe ich
nicht lange gezögert. Das ist nämlich eine
gute Gelegenheit Euch zu berichten, was
in den letzten Wochen so passiert ist.

Da wäre zum Einen mein Umzug. Weih-
nachten fand in diesem Jahr bei der Fami-
lie Liebich in Rostock statt. Die Ente aus
der Bio- und Erlebnispflege Rohde am
Tannenweg wurde das Testobjekt für mei-



nen neuen Herd. Hmm, jetzt liebt mein
Mann mich noch mehr. Er freut sich schon
darauf, da Urlaub zu machen, wo ich ar-
beite.

Zum Anderen war ich in den vergange-
nen Wochen sehr viel unterwegs. Da gab
es Gesprächsrunden in der Südstadt und
in Schmarl, bei denen ich tatkräftig von
Genossinnen und Genossen unterstützt
wurde. Beim Verein Charisma haben die
Kandidaten über die Themen geredet, die
vor allem Frauen in Rostock bewegen. Die
NNN befragte uns alle im Boxring. Die Ver-
anstaltung fand ich etwas gewöhnungsbe-
dürftig. Schließlich bin ich Politikerin und
keine Unterhaltungskünstlerin. Bei der
Kulturrunde waren noch mehr Rostocke-
rinnen und Rostocker mit von der Partie
als sonst, das Thema Theaterneubau ist
ihnen eben wirklich wichtig. Ich wurde von
der DFD-Runde in Reutershagen ingela-
den und wir haben mit schönstem Blick
über den Ortsteil über unsere kulturelle
Identität geredet. Ich habe Schülerinnen
und Schüler getroffen und mich den Fra-
gen des DGB und der Industrie- und Han-
delskammer und der Handwerkskammer
unserer Stadt gestellt. Und noch vieles
andere mehr.

Puh, ganz schön anstrengend so ein Wahl-
kampf. Aber eines baut mich immer wie-
der auf: Die Unterstützung, die ich in den
letzten Wochen aus meiner Partei und von

Sympathisantinnen und Sympathisanten
erfahren habe. Bei jeder Veranstaltung er-
kenne ich Gesichter, an denen ich mich in
kniffligen Situationen mal festhalten kann.
Ich bekomme Hinweise, wie ich noch
schlagkräftiger argumentieren kann. Die
Bürgerschaftsfraktion nimmt sich auf ih-
rer Klausur extra Zeit und tütet Briefe mit
mir ein. Da werden Texte ins Plattdeutsche
übersetzt und Fotos von mir geschossen.
Nicht zu vergessen das tolle Team in der
Geschäftsstelle und im Kreisvorstand,
ohne deren Hilfe ich natürlich verloren
wäre. Und wenn ich meinen Kalender für
die nächsten Tage anschau, dann weiß
ich, dass überall schon fleißige Helferin-
nen und Helfer in den Startlöchern stehen
und auf die flinke Kiste, unser Wahlkamp-
fmobil warten.

Die letzten Tage vor der Wahl gehören
dem Straßenwahlkampf. Ich werde jeden
Ortsteil besuchen. Darauf freue ich mich
schon, denn wir haben gute Argumente
für einen Wechsel an der Spitze unserer
Stadt. Bringen wir sie unter die Leute!
Denn „Es gibt nichts Gutes, außer man tut
es!“

Kerstin Liebich

**Kerstin
Liebich
für
Rostock
DIE LINKE.**

5. Februar - wählen gehen.

www.rostock-lieb-ich.de



Hilfe für die Ukraine

Wie schon seit ca. zehn Jahren haben erneut kurz vor Weihnachten 2011 wieder viele Genossinnen und Genossen, Sympathisanten, Mitglieder der Frauenorganisation dfb e.V., der Volkssolidarität, Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in der Rostocker Bürgerschaft, Kindergärtnerin-

nen und befreundete Bürger aus Rostock, Bandelstorf, Ostseebad Nienhagen und dem Kreis Sternberg Pakete für ältere Tschernobylgeschädigte, Kriegsveteranen und sehr alte und kranke Menschen in der Ukraine gepackt.

An der Aktion beteiligten sich fast 200

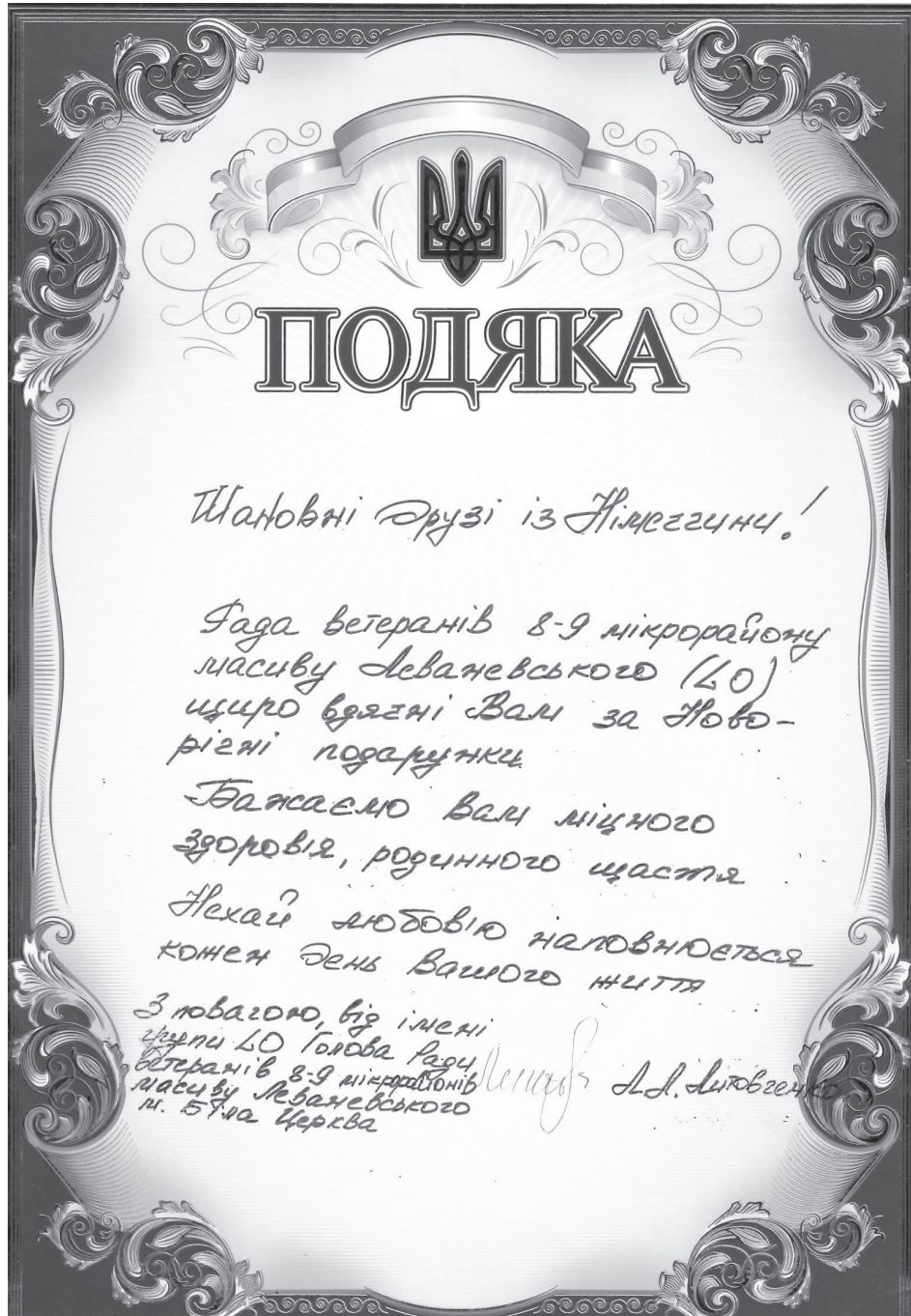
Bürger und deren Familien. Sie packten 168 adressierte Pakete im Werte von je ca. 20 Euro, spendeten außerdem 400 Euro in bar für den Verein „Tschernobylhilfe e.V. Rostock – Belaja Zerkow“. Dafür möchten wir allen Beteiligten im Namen des Vereins, aber vor allem im Namen der bedachten ukrainischen Bürger, sehr herzlich danken. Man kann sich als Außenstehender und in Deutschland Lebender kaum vorstellen, wie viel Freude mit dieser Geste der Solidarität, des Helfens und Schenkens bei diesen Menschen ausgelöst wird, ist es doch oft das Einzige, was sie zum Fest für sich und ihre Familien erhalten.

Jährlich erarbeitet der Rat der Veteranen und der Gruppen der Kriegskinder in diesem Rayon namentliche und mit Adressen versehene Listen. Für diese Bürger, die auf diese Liste kommen, ist es ein großes Glück und die Freude darüber für uns kaum nachvollziehbar. So berichtete eine Mutter von drei Kindern (alleinstehend mit einem schwerstbehinderten Kind) uns in einem Dankschreiben von der für sie „unbeschreiblichen Freude und dem Glück“, das ihr damit widerfuhr. Erstmals war sie damit in der Lage, ihren Kindern Schokolade und ein kleines Geschenk zu geben und mit dem Inhalt des Paketes die Festtage etwas erträglich zu gestalten.

Die Pakete wurden und werden wie auch Bettwäsche, Handtücher, Tischwäsche und vor allem Kinderkleidung von Fahrzeugen des Vereins in die Ukraine transportiert. Dabei sind natürlich auch weitere hunderte Pakete, die von Schülern, Lehrern und Eltern aus Gymnasien in Reutershagen und Sanitz für kinderreiche Familien, gehörlose Kinder, schwer an Diabetes Erkrankte u.a.m. gepackt worden. Der o.g. Verein betreibt in Belaja Zerkow (auf Ukrainisch „Bila Zerkwa“) auch ein Altenheim, ein Krankenhaus, ein Heim für Straßenkinder und andere Sozialeinrichtungen. Jeder Euro und jede Spende werden deshalb dringend benötigt.

Auch wenn es in unserer Stadt Rostock noch viele soziale Probleme gibt, werden wir auch weiterhin das Projekt „Belaja Zerkow“ unterstützen.

Renate Jänicke
Sprecherin der BO 183 in Rostock



Diese Urkunde bekamen die Spender für ihr Engagement. Frei übersetzt aus dem Ukrainischen heißt es in ihr: Sehr geehrte Freunde aus Deutschland! Der Rat der Veteranen des 8. und 9. Mikrorayons des Lewanewski Wohngebietes (LO) dankt Ihnen herzlich für die Neujahrsgeschenke. Wir wünschen Ihnen persönliche Gesundheit und Glück in der Familie. Möge Liebe jeden Tag Ihres Lebens begleiten. Mit Grüßen im Namen der Gruppe LO, Vorsitzender des Veteranenrates L. L. Likovtschenko



Gedanken zum Mitgliederentscheid

Warum Satzungen und Statute lesen, wenn es Tolstoi und Bulgakow gibt? Diese Haltung muss ich überdenken, müssen wir alle überdenken. Die Satzung bestimmt das Bewusstsein.

2010 wurden Gesine Löttsch und Klaus Ernst zu Parteivorsitzenden der LINKEN gewählt. Über Erfolg oder Misserfolg ihrer Arbeit gibt es in der Partei unterschiedliche Ansichten. Wenn DIE LINKE in Sachen Glaubwürdigkeit nur einen Prozentpunkt vor der FDP liegt (ARD-Umfrage im Januar), müssen Fragen erlaubt sein. Auch nach der Zukunft der Parteispitze. Das ist den Betreffenden sehr wohl bewusst.

Klaus Ernst brachte 2011 den Gedanken ins Spiel, die Basis über Personalfragen mitentscheiden zu lassen: „Urwahl“. Er muss sich den Vorwurf gefallen lassen, diese Idee in den folgenden Monaten nicht substantiell unterfüttert zu haben. Er ließ die Diskussion laufen, bis sie eskalierte. Es war schließlich der Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern, der im Dezember 2011 offiziell den Antrag auf eine Mitgliederbefragung über den Parteivorsitz stellte. Der Landesvorsitzende Steffen Bockhahn (der sich auf dem Neujahrsempfang der LINKEN für eine Wahl von Dietmar Bartsch aussprach) sieht seinen Vorstoß als Absage an die Kungeldemokratie, durch welche unser politisches System und die Parteien zweifellos geprägt sind. Nichts solle mehr in Hinterzimmern entschieden werden, was der Parteitag dann nur noch abzunicken habe, so Steffens Argumentation. Das Argument, DIE LINKE könne in ihrem Programm nicht mehr direkte Demokratie fordern und dann doch in eigenen Angelegenheiten anders verfahren, vertritt auch Gesine Löttsch. Emanzipatorisch solle DIE LINKE sein, nicht patriarchalisch. Der Antrag auf eine Mitgliederbefragung wurde schließlich von vier Landesvorständen sowie zwölf Kreisverbänden getragen. „Der Mitgliederentscheid kann produktiv verlaufen und Ausstrahlung über die Partei hinaus entwickeln, wenn er mit einer Debatte über politische Inhalte und Schwerpunkte verbunden wird“, verkündete der Landesvorstand von Sachsen-Anhalt.

Jeder politisch Engagierte weiß, dass der politische Wille wenig zählt, wenn die Paragraphen dagegenstehen. Die Satzungsritter der Partei griffen ein und die Diskussion über die Mitgliederbefragung bekam

eine Dynamik, die den quälenden Streit über Inhalte vorläufig in den Hintergrund drängte. Darüber konnte sich freilich niemand freuen, denn die Methoden der innerparteilichen Auseinandersetzungen über diese Personalfrage verlaufen nach dem bekannten Schema. Es ist in dieser Partei wohl nicht möglich, berechnete Einwände für sich sprechen zu lassen, ohne ihnen den üblichen strömungspolitischen Zuckerguss zu verpassen und den „Parteifreunden“ eins auf die Mütze zu geben. Da könnte man gerade von Mitgliedern des Parteivorstandes mehr Verantwortungsbewusstsein verlangen. **Die Mehrheit der Parteimitglieder ist mit Satzungsfragen wenig vertraut, ohne deshalb Satzungsanarchisten zu sein – umso wichtiger wäre die (strömungspolitische) Neutralität unserer Satzungspezialisten.**

In Anbetracht der Verhältnisse hielt man es für geboten, die Klärung der Dinge einem Außenstehenden zu überlassen. Der Geschäftsführende Parteivorstand gab beim renommierten Parteienrechtler Prof. Martin Morlok ein Gutachten in Auftrag. Bevor dieses Gutachten vorlag, mischte sich unser Bundestagsabgeordnete Wolfgang Neskovic in die Diskussion ein. Niemand hatte den ehemaligen Richter am Bundesgerichtshof darum gebeten, also watschte man ihn ab. Zu fragil die ganze Lage. Professor Morlok kam gleichwohl zu einem ähnlichen Schluss wie sein Kollege. „Es ist gegenwärtig nicht möglich, eine Urwahl der Parteivorsitzenden durch alle Mitglieder durchführen zu lassen, und zwar auch nicht in der Form einer nur konsultativen Aktivierung der Mitglieder“, heißt es in dem Gutachten. Nach der Urwahl hatte ihn niemand gefragt (allerdings hatte unser Landesvorstand noch im November diesen Begriff gebraucht), doch Prof. Morlok lehnt auch eine unverbindliche Mitgliederbefragung ab, denn er sieht eine faktische Bindungswirkung dieser Befragung für den Parteitag, auf dem die Parteispitze gewählt wird. Die Delegierten seien also nicht mehr souverän in ihrer Entscheidung, wird unterstellt, denn wer mag sich in offener Abstimmung schon gegen die Basis stellen? „Das leugnen zu wollen durch den Verweis auf die rechtliche Unverbindlichkeit wäre törichte Naivität oder bewusstes Dummstellen“, schreibt Herr Morlock. Das sieht zum Beispiel Halina Wawzyniak, stv. Parteivorsit-

zende, völlig anders. Und Gregor auch. Der Geschäftsführende Parteivorstand entschied am 12. Januar, dass der Antrag des Landesvorstandes MV und anderer Gliederungen auf einen Mitgliederentscheid nicht zulässig sei. Sechs sagten Nein (darunter Klaus Ernst), vier sagten Ja, eine enthielt sich (Gesine Löttsch). Gleichzeitig schlug man vor, der Parteivorstand solle darüber diskutieren, ob man dem Parteitag der LINKEN eine Satzungsänderung vorschlägt, die künftig den Mitgliedern eine Beteiligung bei Personalfragen ermöglicht. Es sollen Verfahren ausgearbeitet werden, die bei den anstehenden Wahlen zum Parteivorstand eine breitere Einbindung der Basis ermöglichen. Dazu zählen die Durchführung von Regionalkonferenzen und die rechtzeitige Bekanntgabe von Kandidaturen. Dieser Weg wird nun allgemein als vernünftiger Kompromiss gelobt. Bis Redaktionsschluss war es zumindest so.

Die Reaktion in den Medien war einhellig: DIE LINKE will mehr Demokratie, aber nicht in der eigenen Partei. Wie sollen wir dagegen argumentieren, nachdem wir mal wieder in die eigene Falle getappt sind? Die entscheidende Frage ist aber:

Warum hat unsere Partei keine Satzung, auf die sich die Parteimitglieder in ihrer politischen Arbeit berufen können, ohne dass ständig das Damoklesschwert der Schiedskommission über einem hängt? Das zieht sich runter bis zur Ebene der Kreisverbände und ist die eigentliche Gefahr für innerparteiliche Demokratie.

Und nun? Die Frage, ob wir Personalentscheidungen in der LINKEN nur unter Einbeziehung der Basis treffen wollen, ist zugleich politisch und juristisch zu beantworten. Das braucht Zeit, die wir uns auch nehmen sollten. Auch glühende Befürworter von mehr Demokratie können nach reiflicher Überlegung zu dem Schluss kommen, dass die Suche nach einer Doppelspitze (und die erweiterte Führung!) für diese heterogene Organisation wohl nur das Ergebnis eines diffizilen Aushandlungsprozesses (klingt besser als „Kungelei“) sein kann. Das ist beim letzten Mal aber nicht gut gelungen. Wer von Euch kann unsere stellvertretenden Parteivorsitzenden aufzählen? Sahra Wagenknecht, mmh, Katja Kipping, ...

weiter auf Seite 7

Dokumentation des Antrages auf Mitgliederentscheid

Am 10.12.2011 fasste der Landesvorstand DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern den Beschluss zur Durchführung eines Mitgliederentscheids zur Besetzung der Position der beiden Parteivorsitzenden. Die Antragssteller übernahmen es, diesen Antrag stellvertretend zu stellen für die Vorstände, die ebenfalls positive Voten für einen Mitgliederentscheid getroffen haben. Hier seien genannt die Landesvorstände Schleswig-Holstein und Sachsen sowie die Kreisvorstände Stade (NDS), Salzlandkreis (S-A), Kyffhäuserkreis (TH) und Ostprignitz (BRB).

Beschluss der Tagung des Landesvorstandes vom 10.12.2011

1. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile eines Mitgliederentscheids zur Besetzung der Position der beiden Parteivorsitzenden beschließt der Landesvorstand, einen Mitgliederentscheid mit folgender Fragestellung: „N.N. wird dem Parteitag zur Wahl als Parteivorsitzende vorgeschlagen“ zu fordern.“ Der Landesvorstand geht davon aus, dass analog zur Wahlordnung jedes Mitglied maximal zwei Stimmen hat und unter Beachtung der Mindestquotierung höchstens einen männlichen Bewerber ankreuzen darf.

2. Der Landesvorstand beauftragt den Landesvorsitzenden, gemeinsam mit weiteren Landesvorsitzenden- und sprecherInnen die Kriterien an den Parteivorstand heranzutragen und aktiv an deren Umsetzung zu arbeiten.

Begründung:

Wir halten den Mitgliederentscheid für das höchste demokratische Mittel, welches der Partei DIE LINKE zur Verfügung

steht. Wenn ein erheblicher Teil der Mitgliedschaft einen solchen Mitgliederentscheid zur Wahl des Parteivorsitzenden einfordert (was erforderlich ist nach § 8 Bundessatzung) und ein solcher Mitgliederentscheid auf den Weg gebracht wird, sollten alle gemeinsam dafür sorgen, dass ein transparentes und faires Verfahren im Wahlkampf um den Parteivorsitz gefunden wird. Dafür wird sich der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern aktiv einsetzen.

Wir, der Landesvorstand der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern, unterstützen einen Mitgliederentscheid zur Wahl der Parteivorsitzenden und halten es für richtig, wenn die Mitgliedschaft über diese prinzipielle Ausrichtung der Partei mitentscheidet.

Erklärung des Geschäftsführenden Parteivorstandes

Der Geschäftsführende Parteivorstand der LINKEN hat auf seiner Sitzung am 12. Januar 2012 entsprechend § 2 Abs. 1 der Ordnung für Mitgliederentscheide der Partei DIE LINKE über den vom Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und anderen Gliederungen der Partei DIE LINKE eingereichten Antrag auf Durchführung eines Mitgliederentscheids zur Besetzung der Position der beiden Parteivorsitzenden beraten.

Der Geschäftsführende Parteivorstand hat sich der im Rechtsgutachten von Prof. Dr. Martin Morlok dargelegten Rechtsauffassung angeschlossen und festgestellt, dass der Antrag nicht zulässig ist.

Der Geschäftsführende Parteivorstand strebt an, dass der Parteivorstand eine Diskussion darüber führt, ob er dem Par-

teitag der LINKEN eine Satzungsänderung vorschlägt, die künftig den Mitgliedern eine Beteiligung bei Personalfragen ermöglicht.

Darüber hinaus hat sich der Geschäftsführende Parteivorstand mit den anwesenden Vertrauensleuten der Antragssteller/innen darauf verständigt, dass den Vorsitzenden und Sprecher/innen der Landesverbände sowie dem Parteivorstand eine Reihe von Vorschlägen zum weiteren Verfahren unterbreitet wird, die bei den anstehenden Wahlen zum Parteivorstand eine breitere Einbindung der Basis ermöglichen. Dazu zählen die Durchführung von Regionalkonferenzen und die rechtzeitige Bekanntgabe von Kandidaturen.

Reaktionen aus Rostock

Am 9.1. forderte die Mitgliederversammlung in Lütten Klein den Kreisvorstand Rostock und den Landesvorstand MV auf, sich gegen eine Urwahl oder Mitgliederbefragung zur Wahl der Parteivorsitzenden auszusprechen. Auch die BO 010 (Markgrafeneheide/Hohe Düne) fordert den Rostocker Kreisvorstand auf, die Position des Landesvorstandes zur Mitgliederbefragung abzulehnen: „Wer Veränderungen der Demokratie in der Linken will, soll Satzungsänderungen vorschlagen!“

Der Kreisvorstand konnte sich am 17.1. auf seiner letzten Sitzung vor Redaktionsschluss noch nicht mit den Anträgen befassen, da sie ihm zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlagen. Der Schweriner Kreisvorstand hat sich mittlerweile für eine Mitgliederbefragung und für die Kandidatur von Dietmar Bartsch ausgesprochen.

Fortsetzung von Seite 6

Schwierige Frage. Wer ist Heinz Bierbaum? Und wer bildet den Geschäftsführenden Parteivorstand? Nicht die Zugehörigkeit zu einer Strömung, sondern Kompetenz, Ausstrahlung und Teamfähigkeit sollten künftig für Führungsaufgaben qualifizieren. Wie im richtigen Leben.

Carsten Penzlin



Interview mit Hikmat Al-Sabty



Lieber Hikmat, seit vier Monaten bist Du nun Landtagsabgeordneter. Wie stark hat sich Dein Leben in dieser Zeit verändert?

Mein Leben hat sich seit dem Einzug in den Landtag verändert, weil ich Verantwortung übernommen habe und mich neuen Herausforderungen stelle. Ich nehme an Entscheidungen teil, die für die BürgerInnen in unserem Land wichtig und von Bedeutung sind. Ich bin in den Landtag eingezogen mit dem Ansinnen, die soziale Gerechtigkeit, die Demokratie, die Vielfalt der Gesellschaft, die Toleranz, die Weltoffenheit zu fördern. Ich verfolge auch das Ziel, gute Arbeit und guten Lohn für alle zu verwirklichen, den sozial-ökologischen Umbau zu gestalten und die braune Gefahr einzudämmen.

Für welche Themen bist Du in der Fraktion zuständig?

Ich bin für Migration- und Hochschulpolitik in der Fraktion verantwortlich und in den entsprechenden Ausschüssen tätig.

Wie kann die Landespolitik die Lage der Migranten in Mecklenburg-Vorpommern verbessern?

Wenn die Landesregierung will, kann sie viel im Bereich der Migration und Integration verbessern, wo die Bundesregierung in den letzten Jahren versagt hat. Wir haben tatsächlich, verglichen mit anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg, in MV wenig MigrantInnen (ca. 1,8 %). Meine Anträge und die der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im November und Dezember 2011 für die Verbesserung der Lebensbedingungen der AsylbewerberInnen wurden meines Erachtens unter parteipolitischen Aspekten von der Koalitionsregierung (SPD und CDU)

abgelehnt. Nur die Residenzpflicht wurde Anfang 2012 aufgrund unseres Drucks aufgehoben. Aber das reicht nicht für die Verbesserung der Situation der MigrantInnen. Ich möchte eine neue Willkommenskultur gestalten, so dass die Zugewanderten nicht hinter Stacheldraht und abseits von jedweder Infrastruktur leben müssen, wie zurzeit in Horst und Jürgenstorf.

Die Regierung kann, wenn sie will, die MigrantInnen dezentral unterbringen und dadurch die Integration und das Zusammenleben mit den Einheimischen fördern. Das ist nur ein Ansatz von vielen. Die dezentrale Unterbringung ist auch kostengünstig, da man Ausgaben für Wach- und Betreuungspersonal, die Kosten langer Wege für Arztbesuche und an Nahrungsmittelkosten etc. sparen kann.

Du bist der erste Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Schweriner Landtag. Für die NPD ist das eine permanente Zumutung, was verbale Angriffe ihrer Abgeordneten gegen Dich zur Folge hat. Wie gehst Du mit dieser Situation um?

Ich bin gewappnet in den Landtag eingezogen. Ich wusste, dass ich im Falle von NPD-Angriffen nicht auf mich allein gestellt bin. Ich wusste auch, dass allein meine Anwesenheit die NPD verärgert, worüber ich mich in jeder Landtagssitzung sehr freue. Ich muss sagen, dass ich auch freche Antworten auf NPD-Zwischenrufe gebe. Ich lasse mich von den fünf „Pappnasen“ nicht demütigen und beirren. Meine FraktionskollegInnen stehen mir immer bei. Die anderen demokratischen Fraktionen tun das auch.

Ein Steckenpferd von Dir ist die Kulturpolitik. Wie siehst Du die Zukunft des Rostocker Theaters? Was erwartest Du von der Landesregierung?

Die Landesregierung hat leider keinen guten Anfang bezüglich des Umgangs mit dem Kulturleben gemacht. Wir sind wieder in eine Situation zurückgekehrt, in der wir bereits Mitte der 90er Jahre waren. Das Land erhöht die Theaterzuschüsse nicht, während die Ausgaben steigen. Die Resultate sind Entlassungen und Fusionen. Auch große Meinungsverschiedenheiten und viele Missverständnisse zwischen Land, Kommunen und Verwaltungen sind an der Tagesordnung.

Der neue Minister für Kultur und Bildung agiert bezüglich der Kultureinrichtungen,

insbesondere des Theaters wie ein Finanzminister, wobei man sagen muss, dass er ein schweres Erbe von seinem Vorgänger (Tesch) übernommen hat. Ich erwarte von ihm und wünsche, dass er keinen Abbau, keine Kürzungen und keine Schließungen vornimmt, sondern Alternativen findet.

Du bist auch Mitglied im Landesvorstand der LINKEN. Glaubst Du, dass unser Landesverband nach dem turbulenten Jahr 2011 wieder zur nötigen Geschlossenheit zurückfinden wird?

Der Zustand der Partei hängt von uns allen ab. Wir müssen davon ausgehen, dass unsere Partei eine junge Partei ist. Nach ihrem Entstehen 2006 ist eine neue politische Mentalität zu spüren. Die West-GenossInnen fühlen sich manchmal von ihren Ost-GenossInnen übergangen, wodurch ungewollt viele Missverständnisse entstehen. Ich hoffe, dass der nächste Parteitag in Göttingen die Weichen für eine Umsetzung des Programms stellen wird und die Wahl einer neuen Spitze in einer verständnisvollen Atmosphäre vornimmt.

Wir im Landesvorstand bemühen uns durch Dialog mit allen Kreisverbänden und auch mit den Basisorganisationen um ein besseres Klima im Landesverband und setzen uns mit den GenossInnen in Verbindung, wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt. Die Dialogmentalität ist viel besser als die Email- und Pressementalität. Nur so können wir den inneren Frieden in der Partei herstellen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Carsten Penzlin.

Das Recht auf Wohnen muss in die Landesverfassung

Liebe Genossinnen und Genossen, Bauen, Wohnen und Landesentwicklung beschäftigen mich als bau- und wohnungspolitische Sprecherin nun schon seit 9 Jahren und weiterhin in der aktuellen Legislaturperiode. Das sind Themen, die ihre Aktualität nie verlieren, sondern in Zeiten von Mieterhöhungen, Abwanderung junger Leute und den Bedürfnissen von mehr und mehr Seniorinnen und Senioren im Land noch deutlicher an Gewicht gewinnen. Mit welchen Schwerpunkten wir uns als Fraktion im Schweriner Landtag diese Legislatur befassen, darüber möchte ich Euch hier gerne berichten.

Vorweg möchte ich Euch informieren, dass das Bauressort nun im Wirtschaftsministerium unter Herr Minister Harry Glawe (CDU) angesiedelt ist. Vieles ist neu und 45 Mitarbeiterinnen wechseln vom Ministerium für Verkehr, Bauen und Landesentwicklung dorthin. Die Sicherung des Wohnens an sich, die Stärkung des Zusammenhalts in Wohnquartieren und die Gestaltung von Städten und Dörfern als lebenswerte Wohn-, Arbeits- und Freizeiträume verfolgen wir - bei allen unterschiedlichen politischen Ansichten - gemeinsam als Ziele.

Doch reichen diese Ziele heute aus? Für mich und die Fraktion ist es Teil der Daseinsvorsorge, bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum für -alle- Bevölkerungsschichten zu erhalten und zu schaffen. Deshalb wollen wir das Recht auf Wohnen als Staatsziel in der Landesverfassung verankern. Wohnen ist ein Grundrecht, welches über drei Säulen gestärkt werden muss: über die Wohnraumförderung, das Wohngeld und über die Kosten der Unterkunft und Heizung bei ALG-II-Beziehern.

Mecklenburg-Vorpommern steht vor riesigen Herausforderungen: Der Wohnungsmarkt muss sich an die Bedürfnisse einer zunehmend älteren, abnehmenden und ärmeren Bewohnerschaft anpassen. Wohngebäude müssen klimagerecht gebaut oder saniert werden. Das ist keine Aufgabe alleine für die Länder. Das ist eine Aufgabe, die alle, uns als Gemeinschaft, angeht. Gemeinsam müssen wir uns dafür stark machen, dass der Bund Mittel für die Wohnraumförderung auch nach 2013

bereitstellt. Auf Landesebene muss das landeseigene Wohnraumprogramm zügig voran gebracht werden. In den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2012/2013 werden wir darauf drängen, dass frei werdende Mittel aus Rückläufen der Darlehensförderung voll dem Sondervermögen „Wohnraumförderung M-V“ zugutekommen. Laut müssen wir darüber nachdenken, einen Teil der Wohnraumförderung als Zuschuss zu gewähren, denn wir brauchen mehr und mehr barrierefreie Wohnungen für kleine Einkommen oder Renten.

Wohnen wird immer teurer: Mieten in den Städten steigen, die Heizungskosten trotz des milden Winters auch. Arme Haushal-



te mit Einkommen knapp oberhalb der Armutsgrenze treffen Mieterhöhungen und steigende Heizkosten besonders. Das Wohngeld muss daher kontinuierlich an die Entwicklung der Einkommen und Mieten angepasst werden, Heizungskosten wieder miteinbezogen werden. Dafür treten wir ein.

Arme Menschen mit Bezug von ALG II trifft es in armen Kommunen besonders hart. Die Richtlinien für Kosten der Unterkunft und Heizung, die ihren ALG-II-Bezügen zu Grunde liegen, legen die Höhe der Miete so niedrig an, dass oft nur unsanierte und unwürdige Wohnungen zur Miete in Frage kommen, nur weil dann die Miethöhe den Richtlinien entspricht. Jegliche Form der

pauschalen Festlegung der Wohnkosten bei ALG II lehnen wir ab. Zudem muss sich der Bund wieder dauerhaft und angemessen an den Kosten der Unterkunft und Heizung beteiligen und nicht die Länder und Kommunen die ganze Last tragen lassen.

Bezahlbarer, sozial lebenswerter und bedarfsgerechter Wohnraum ist durch Verkäufe von Wohnungen oder Anteilen aus öffentlichem Wohneigentum, von der Regierung geplanten Einschnitten in Mieterrechte sowie Kürzungen im Programm „Soziale Stadt“ sehr bedroht. Mietrecht muss die Mieterinnen und Mieter stärken und die Privatisierung von Wohnungen aufgehalten werden. Besonders liegt mir aber der Erhalt des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ am Herzen. Dieses nach zehn starken Jahren auslaufende Programm hat mehr positive Veränderung in die Viertel gebracht, als manch anderes Programm. Stadtteilzentren, Stadtteilmanagerinnen und Stadtteilmanager sowie Kleinstprojekte konnten damit ebenso finanziert werden, wie die Verschönerung des Wohnumfelds. Leider will die Bundesregierung die nicht-baulichen Maßnahmen, also die „Kümmerer“ und Zentren, darüber nicht mehr finanzieren. Wir wollen erreichen, dass die Bau- und Sozialressorts diese Maßnahmen weiter fördern. Sie sind unerlässlich für den sozialen Frieden in den Quartieren.

Ich konnte nur einen Ausschnitt unserer wohnungs- und städtebaulichen Ziele darstellen, deshalb werde ich demnächst weiter darüber berichten wollen.

Regine Lück



Von der Friedensbewegung zur Kriegspartei: Bündnis90/Die Grünen

Seit der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima sind Bündnis90/Die Grünen wieder im Aufwind. Bei vielen Landtags- und Kommunalwahlen sind sie bereits drittstärkste Kraft. Doch was steht hinter dieser Partei, die sich selbst als „Partei der Friedlichen Revolution“, in Anspielung auf den Anschluss der DDR an die Bundesrepublik, sieht?

Als sich die Partei 1980, damals noch als „Grüne Partei“ gründete, hatten sich ihre Anhänger den Schutz der Umwelt auf die Fahne geschrieben. Ihr erster Einzug in den Bundestag 1985 sorgte für großen Wirbel bei den anderen Parteien. Die Wollpulli strickenden Parlamentarier brachten neuen Schwung in das bundesdeutsche Abgeordnetenhaus. Als die Grünen 1998 zusammen mit der SPD erstmals die Regierung stellten, war aber bald von den grünen und ökologischen Idealen kaum noch etwas übrig. Der Krieg in Ex-Jugoslawien machte die vermeintliche Bürgerrechtspartei endgültig zum Büttel des deutschen Großkapitals. Mit dem Schlachtruf „Nie wieder Auschwitz!“ sollte die Barbarei angeblicher serbischer Konzentrationslager beendet werden. Die KZs waren eine bewusste Lüge, wie sich später herausstellte. Der damalige grüne Außenminister Joschka Fischer stimmte seine Partei auf den Kriegseinsatz ein. Vorbei waren die Zeiten, in denen Fischer Sätze wie „Mit Verlaub, Sie sind ein arschloch!“ in den Mund nahm. Die Folge seines Kriegskurses war die Spaltung der Partei und eine jahrelang anhaltende Austrittswelle.

Auch bei den HartzIV-Gesetzen und der damit verbundenen Agenda2010 machten die Grünen mit. Die bis dahin größten Einschnitte in den Sozialstaat führten bundesweit zu einer steigenden Präkariisierung großer Teile ohnehin schon armer Bevölkerungsschichten. Die von Rot-Grün versprochenen Arbeitsplätze wurden nicht geschaffen, im Gegenteil. Die Verschuldung der Bundesrepublik wurde dagegen weiter vorangetrieben, gleichzeitig stieg die Inflation erst der D-Mark, später die des Euros.

Bei allem hielten die Grünen still und machten mit. Selbst beim Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan stimmten sie zu. Der Widerstand bei diesem Einsatz war geringer als bei jenem in Jugoslawien. Offenbar hatte mensch sich an Kriege

gewöhnt, auch wenn sie offiziell so noch nicht genannt wurden.

Als radikale Antiatom-Partei hatten sich die Grünen Anfang der 90er Jahre einen Namen gemacht, als sie gegen US-amerikanische und sowjetische Atomraketen gleichermaßen demonstrierten. Sie waren fester Bestandteil der Friedensbewegung. Doch auch hier ließen sich die Grünen einmal mehr korrumpieren. Jürgen Trittin, damaliger Umweltminister, wies unzählige Castortransporte quer durch die Bundesrepublik an und forderte seine Parteigenossen auf, sich nicht an den Protesten und Blockaden gegen die lebensgefährlichen Atomtransporte zu beteiligen.

Nachdem der Bundestag Gerhard Schröder (SPD) als damaliger Bundeskanzler das Misstrauen ausgesprochen hatte und die rot-grüne Regierung zusammenbrach, wurde es wieder still um die Grünen. Kleinalt saßen sie auf den Oppositionsbänken, während ihr einstiger Koalitionspartner zusammen mit der CDU weiter regieren durfte – wenn auch nur als Junioranhängsel. Die sich ehrlich um die Ökologie und alle damit verbundenen Probleme sorgenden Mitglieder der Bündnisgrünen hatten da aber größten Teils längst die Partei verlassen und sich anderen Bewegungen oder Parteien angeschlossen.

Das korrupte Image der Grünen wurde auch nicht besser, als sie in Hamburg zusammen mit der konservativen CDU koalitierten. Der seit Jahren umstrittene Bau des neuen Bahnhofes in Stuttgart wurde zuerst von Bündnis90/Die Grünen bekämpft, schließlich jedoch mitgetragen. Erst nach dem Supergau im japanischen Fukushima verspürten sie wieder einen Aufwind. Nachdem sie selbst unter Regierungsbeteiligung über ein Dutzend Castortransporte durchgeführt hatten, wandte sich ihre Partei samt ihrer Spitze nun wieder gegen die Atomkraft. Zusammen mit anderen Parteien und der APO demonstrierten sie fortan wieder gegen Atomstrom. Als Angela Merkel (CDU) einen erneuten Atomausstieg anvisierte, nachdem die neue schwarz-gelbe Regierung den Ausstieg von Rot-Grün wieder gekippt hatte (eine der wenigen Erfolgsmeldungen der Schröder-Regierung), standen die Grünen wieder bereit. Sie stimmten für einen Ausstieg, der mehr als 10 Jahre hinausgezögert wurde. Gleichzeitig verkünde-

ten sie, sich nicht weiter an Antiatomprotesten beteiligen zu wollen. Pläne, nach denen ein Ausstieg bereits innerhalb von zwei Jahren möglich sein würde, ließen die Grünen dagegen links liegen.

Alles in Allem machen Bündnis90/Die Grünen einen Eindruck der Perspektivlosigkeit. Das klare Profil einer ökologischen Friedenspartei ist längst verloren gegangen. Die Zeiten, in denen sie sich Straßenschlachten mit der Polizei geliefert wurden, sind ebenfalls vergessen. Jetzt befehligen sie teilweise selbst die Knüppelgardien. Ehemals führende Politiker der Grünen sitzen jetzt in Aufsichtsräten von Großkonzernen, wie Joschka Fischer bei RWE oder REWE. Die mittelständig orientierte Öko-FDP, wie sich von Vielen nur noch spöttisch genannt wird, hat längst keine Alleinstellungsmerkmale mehr. Antikriegs- und Antiatomproteste werden von Parteien, wie der LINKEN, konsequenter vertreten. Mehr als der mögliche Juniorpartner für Koalitionen, wie aktuell in Berlin, ist diese Partei, die ihren großen Regierungspartnern meist blind hinterher läuft, zur Zeit leider nicht.

Die falsche Politik der letzten Jahre wird den Hype um die Grünen wieder so schnell abflauen lassen, wie der Hype um die FDP bei den letzten Bundestagswahlen.

Mirian Bauer

AG Seniorenpolitik

Die AG Seniorenpolitik HRO braucht Hilfe und Unterstützung bei der seiner Verjüngung und Verstärkung.

Die Seniorengemeinschaft in unserer Partei beging im vorigen Jahr ihr 20-jähriges Bestehen. In Rostock wurde die die AG Seniorenpolitik HRO vor über 5 Jahren gegründet. Wir sind vor allem durch unsere Jubiläumsfeiern innerhalb unseres Kreisverbandes bei vielen Genossinnen und Genossen bekannt geworden. Wir haben zahlreiche Veranstaltungen auf dem Gebiet der Pflege und der Gesundheitserhaltung älterer Manchen organisiert und hierüber auch teilweise im Klartext berichtet. Viele Vertreter unsere Partei haben bei uns zu Problemen der Wirtschaft und der Politik Stellung bezogen. Haben vor uns Rede und Antwort gestanden. Entsprechend dem demografischen Wandel in der Gesellschaft, der sich auch in unserer Partei vollzieht geht es uns auch darum auf die Bedürfnisse der Älteren aufmerksam zu machen. Gleichzeitig geht es uns darum die Erfahrungen und Kenntnisse der Seniorinnen und Senioren in unserer Partei den nachfolgenden Generationen als Zeitzeugen zu übermitteln. Wir treten dafür ein, in unseren Gliederungen solche

Bedingungen zu entwickeln, die es unseren Mitgliedern ermöglichen auch noch im hohen Alter oder bei Behinderungen und Krankheit eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und parteilichen Leben ermöglichen.

Liebe Genossinnen und Genossen wir sind alle in diesen 5 Jahren älter geworden und einige von uns können sich aus gesundheitlichen Gründen nur noch sporadisch einbringen. Wir brauchen in der Arbeitsgemeinschaft eine personelle Verstärkung, und vor allem bitten wir die nachfolgende Generation, die jetzt langsam ins Rentenalter eintritt, in unserer AG mitzuarbeiten. In immer mehr Stadtteilen bilden sich Seniorenvereinigungen, zu denen wir über Dich, liebe Genosse/in oder Sympathisant/in, Kontakt aufnehmen möchten. Was bieten wir Dir in unserer Arbeitsgemeinschaft?

- interessante Vorträge von leitenden Genossen/in unserer Partei über unsere verschiedenen Politikfelder, insbesondere die Renten- und Gesundheitspolitik in Deutschland, MV und unserer Stadt,
- Vorträge über die Gesetze und rechtlichen Grundlagen bei der Rente sowie der häuslichen, ambulanten und stationären

Pflege,

- Informationen aus erster Hand über Land und Leute in Rostock, MV und Lateinamerika, um nur einiges zu nennen.

Jedes Mitglied kann sich bei uns gleichberechtigt einbringen und uns interessante Themen vorschlagen, wenn sie sich von allgemeinem Interesse erweisen. Wir haben in der Vergangenheit interessante Ausstellungen in den Museen der Stadt besucht, geschichtliche Stadtrundgänge gemacht und auch Betriebe der Stadt besucht. Das wollen wir weiterführen.

Liebe Leser/in, melde Dich bei der Redaktion dieser Zeitung oder im Kreisvorstadt Rostock, wenn Du bei uns mitmachen möchtest oder Vorschläge hast, die Du an uns weitergeben möchtest. Wir sind auch an Kontakten zu Seniorenvereinigungen im Landkreis Rostock interessiert zwecks Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit.

Karl-Ludwig Spengler

Vorsitzender der AG Seniorenpolitik HRO

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Prof. Werner Pade (Rosa-Luxemburg-Stiftung) veranstaltet jährlich ein Kolloquium zu aktuellen Entwicklungsproblemen Lateinamerikas. Die Ergebnisse dieser Veranstaltungen werden in den „Rostocker Lateinamerika-Manuskripten“ publiziert. Nun ist Heft 8 erschienen und im Buchhandel erhältlich (ISBN 978-3-86237-667-4; Preis 10,50 EUR).

„Transformation zum Guten?“ ist der aktuelle Band überschrieben. Die Autoren nehmen die gesellschaftliche Entwicklung in jenen Staaten unter die Lupe, in denen die Regierungen mit dem Anspruch auf eine alternative Entwicklung angetreten sind. Außerdem bewertet Werner Pade den kürzlich stattgefundenen Parteitag der kubanischen KP.



Werner Pade (Hg.)

Rostocker Lateinamerika-Manuskripte Nr. 8

Transformation zum Guten?

Diskussionsbeiträge zur Entwicklung Lateinamerikas



**Ich
liebe
Dich!**
DIE LINKE.

Das zu sagen, erfordert Mut und große Gefühle.
Genauso, wie notorisch an eine bessere Welt zu glauben.
Aber was wäre unsere Welt ohne Idealismus?
www.die-linke.de

Mecklenburg-Vorpommern ist eines von zum Glück nur wenigen Bundesländern, in denen neofaschistische Parteien in den Landesparlamenten sitzen. Trotzdem ist die rechtsradikale Szene im bundesdeutschen Durchschnitt in unserer Region mit am stärksten. Mecklenburg-Vorpommern fungiert als eine Art Modellregion der radikalen Rechten. Nachfolgend findet ihr einige Aspekte der rechtsradikalen Szene in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern.

Autonome Nationalisten vs. Parteigänger?

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, in denen sich die aktionsorientierten, jugendlichen und äußerst gewaltbereiten Autonomen Nationalisten – kurz ANs – mit den oft gutbürgerlich auftretenden NPD, DVU und REP Aktivisten geradezu zerfleischen, herrscht in M-V friedliche Einigkeit. Die ANs, die sich von ihrer Kleidung, ihren Aktionsformen und ihrem gesamten Auftreten nur auf den zweiten oder dritten Blick von der Autonomen Antifa zu unterscheiden sind, verteilen Flugblätter der NPD, hängen zu Wahlkämpfen deren Wahlplakate auf, sorgen für Personenschutz von NPD-Kandidat_Innen, nehmen an NPD-Aufmärschen teil oder fungieren sogar als Ordner. Im Gegenzug sind Persönlichkeiten aus dem Umfeld der Freien Kameradschaften in die NPD eingetreten. Birger Lüssow, Landtagsabgeordneter und Mitglied des Rostocker Stadtparlaments für die NPD war vor einigen Jahren noch der führender Kopf der „Aktionsgruppe Frontstadt Rostock“. Bis zur Schließung des rechten Szenegeschäfts, „Dickkoepp“ in der Doberaner Straße, war Lüssow der Ladenbesitzer. Die Verschmelzung verschiedener rechter Strukturen führt zu einer massiven Ballung der rechtsradikalen Kräfte. In jeder Stadt und in jedem größeren Dorf gibt es Gruppen sogenannter Autonome Nationalisten, NPD-Ortsverbände werden ausgebaut, sogenannte „nationale Wohnprojekte“ werden, gerade in Vorpommern, stetig vorangetrieben.

Rechte Musik als Einstiegsdroge.

Im September des letzten Jahres begann die NPD mit dem Verteilen ihrer neuen „Schulhof-CD“. Kurz darauf wurden Teile von ihr indiziert. Musik gilt unter Jugendlichen als identitätsstiftendes Element, das haben Kameradschaften und NPD schon vor Jahren erkannt. So verwundert es dann auch nicht, dass in einer Modellregion wie M-V der Handel mit rechtsradikalen Musikträgern gerade zu boomt. Wismar, eine neonazistische Hochburg, ist Dreh- und Angelpunkt für rechtsradikale Online-Versände deutschland- und sogar europaweit. Auch verbotene Platten – zum Beispiel der verbotenen und mittlerweile aufgelösten Berliner Gruppe Landser – werden von Wismar aus verschickt. Fast jedes Wochenende finden irgendwo in M-V, meistens un bemerkt von der Öffentlichkeit und den Ordnungsbehörden, Rechtsrockkonzerte mit meistens mehreren hundert Teilnehmern statt.

NPD und Kameradschaften als „Lückenfüller“ einer perspektivlosen Gesellschaft

Was die „Modernen Nazis“ attraktiv macht, ist nicht der Punkt, dass Viele ihnen ernsthaft glauben würden, nein – was sie wähl- und annehmbar macht ist Folgendes: es gibt oft niemand anderes. In den Dörfern Vorpommerns findet sich kaum eine aktive Ortsgruppe einer bürgerlichen Partei, dort gibt es auch kaum Freizeitangebote oder Möglichkeiten der Erholung – und die Orte die es gibt, denen werden die finanziellen Mittel gekürzt oder gänzlich gestrichen. Die NPD stößt genau in diese Leere. Mit Kinderfesten, Grillabenden oder Fußballturnieren gewinnen sie Sympathisant_Innen und sogar aktive Mitstreiter_Innen. Wer ganze Landstriche aus den Haushalten streicht, braucht sich dann auch nicht zu wundern, wenn Parteien wie die NPD fast 39 Prozent der abgegebenen Stimmen erhält. Für viele junge Menschen ist „rechts sein“ einfach auch ein Ausdruck von Coolness, ein Zeichen der Rebellion gegen die ältere Generation.

Und was lernen wir aus dem Ganzen?

All das ist nur ein kleiner und sehr kurzer Einblick, es gäbe noch viel mehr zu sagen, was neobraune Rattenfänger in M-V und auch anderswo treiben. Umso wichtiger ist der Ausbau von demokratischen und antifaschistischen Strukturen; gleich welcher Art! Projekte, wie die Novellierung der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ des Vereins „Ver-einigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist_Innen (VVN-BdA)“ oder dem Rostocker Wohnungsprojekt „Alternatives Wohnen in Rostock – AWIRO e.V.“ sind deshalb nötiger als sie es in den letzten 20 Jahren jemals zuvor waren. Die Vergangenheit zeigt, dass ein entschlossenes und gemeinsames Auftreten gegenüber rassistischer, antisemitischer, islamophober und sexistischer Hetze Erfolg haben kann. Neofaschistische Aufmärsche können gemeinsam blockiert oder bereits im Voraus unterbunden, alltagsrassistische Diskriminierungen können eingedämmt und beendet werden, wenn sich eine breite Struktur des antifaschistischen Widerstandes herausbildet. Das solche Erfolge in der Vergangenheit möglich waren und sind, haben wir nur dem Zusammenspiel von progressiven Parteien, Gewerkschaften, Einzelpersonen, antifaschistischen Jugendgruppen, Stiftungen und engagierten Vereinen zu verdanken. partei- und ideologieübergreifende Bündnisse sind nötig, wenn wir das weitere Erstarken neofaschistischer Organisationen – egal ob Verein, Partei, Kameradschaft oder autonome Gruppe – verhindern wollen. Mehr Informationen über die neofaschistische Szene in Mecklenburg-Vorpommern findet ihr im Internet unter <http://ipar.blogspot.de/neofa/>

Nico Burmeister

Erinnern heißt handeln

Am 14. Januar 2012 verabschiedete die Mitgliederversammlung der VVN – BdA Mecklenburg-Vorpommern (BO Rostock) eine Erklärung, die der Klartext an dieser Stelle dokumentiert:

Erklärung der Mitgliederversammlung vom 14. Januar 2012

Zwei Ereignisse im Jahr 2012 sollten vor allem im Norden Deutschlands für demokratische Kräfte besonderer Anlass sein, die Stimme zu erheben gegen alle Formen von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und neofaschistischem Denken und Handeln - und die sie begünstigenden Umstände und gesellschaftlichen Verhältnisse.

Im August jähren sich zum 20. Mal die Ausschreitungen am Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen. Vier Nächte lang dauerten die Ausschreitungen rechtsradikaler Randalierer. Seitdem haben sich rassistische und neofaschistische Ideologien und Praktiken in einem erschreckenden Maße verbreitet:

182 Tote durch Gewalt von Nazis und Neonazis in den letzten 20 Jahren bundesweit, zum Teil offenbar willentlich übersehen von den Regierenden. Seit Jahren wütet ein „nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), wie es aussieht offensichtlich unter den Augen von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz und hat mindestens 10 Todesopfer gekostet. Alte und neue Nazis dürfen mit staatlicher Genehmigung und unter Schutz der Polizei ihre menschenfeindlichen Losungen in aller Öffentlichkeit lauthals verbreiten, während friedliche Proteste dagegen kriminalisiert werden.

Am 17 Juli jährt sich zum 80. Mal der „Blutsonntag von Altona“, wie die Schlagzeile der Hamburger Volkszeitung am 18. Juli 1932 lautete. Ein halbes Jahr vor ihrer „Machtergreifung“ organisierten die Nazis mit behördlicher Genehmigung und mit verstärktem Polizeischutz eine großflächige Provokation in den Arbeitervierteln von Altona, die zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führte. Die Schreckensbilanz : 18 Todesopfer und an die 80 Schwerverletzte und unter der folgenden Naziherrschaft eine Serie von Prozessen vor „Sondergerichten“, bei denen viele weitere Menschen Opfer von Justizmorden wurden. Die ersten waren August Lütgens, Walter Möller, Karl

Wolff und als Jüngster Bruno Tesch, der gerade mal 20 Jahre alt war.

Erinnern heißt handeln !

Angesichts solcher Erlebnisse und Erfahrungen melden sich die Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten MV der BO Rostock erneut zu Wort und fordern entsprechend des Aufrufs unseres Bundesausschusses:

NPD – Verbot : Jetzt aber richtig !

Die NPD ist Knotenpunkt, organisatorische Plattform, Ideologiegeber und Reservoir für alle neofaschistischen Organisationen und Gewalttäter. Neofaschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Das Menschenbild der Nazis widerspricht dem Grundgesetz – deshalb konsequente Durchsetzung eines NPD-Verbotsverfahrens. Schluss mit der staatlichen Finanzierung des Faschismus. Rückhaltlose Enthüllung und Aufklärung der Verbrechen der Nazi-Terrorgruppe NSU - weg mit den V-Leuten, die augenscheinlich die Nazi-Szene nicht nur mit Informationen und Geld versorgen.

Die Bundesregierung muss ihrer Verpflichtung zur Verteidigung der Demokratie nachkommen. Schluss mit der Gewalt gegen Menschen, die sich in friedlichen Sitzblockaden gegen Naziaufmärsche einsetzen und großen Mut zum „Aufstand der Anständigen“ beweisen.

Wir fordern aber auch:

- Schluss mit den Rüstungsexporten und Waffenlieferungen in alle Welt
- Schluss mit der Militarisierung von Lehre und Forschung an den Hochschulen und der Werbung für die Bundeswehr an allen Schulen
- Abzug aller Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan und anderen Krisengebieten.

Denn: 2012 begehen wir auch den 65. Jahrestag der Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Berlin, und noch immer hat für uns die historische Lösung ihre Gültigkeit:

Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus!

Zum Kopfschütteln

Anlässlich der Aufhebung der Immunität der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag erklären Janine Wissler und Willi van Ooyen, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Die Aufhebung unserer Immunität durch die CDU/FDP-Mehrheit des Hessischen Landtages und die Ermittlung der Dresdener Staatsanwaltschaft gegen uns, weil wir mit vielen Tausend anderen gegen den größten europäischen Neonaziaufmarsch demonstriert haben, ist ein trauriges und zugleich bedenkliches Signal ins In- und Ausland,“ so Wissler.

Während die Zwickauer Neonazi-Truppe jahrelang ungehindert habe morden können, seien nach Ansicht der Dresdner Staatsanwaltschaft ausgerechnet vier LINKE-Fraktionsvorsitzende – neben Wissler und van Ooyen auch Bodo Ramelow aus Thüringen und André Hahn aus Sachsen – vermeintliche ‚Rädelsführer‘ friedlicher Proteste, die es strafrechtlich zu verfolgen gelte. Da ausschließlich diese vier angeklagt werden sollen, müsse von einem politischen Prozess gesprochen werden.

Van Ooyen: „Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht zum Widerstand gegen jeden, der es unternimmt, die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu beseitigen, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Deshalb werden wir auch in diesem Jahr wieder nach Dresden fahren, um am 18. Februar den Aufmarsch der Neonazis zu verhindern.“



Wladimir Iwanowitsch, de Flötist von Sanssouci

Ein Erläwnis in ´n Park von Sanssouci dat mi nahdenklich makte oewer de rätselhaften Wech´ von de Minschen.



Ick wull mien Geschichtsbewusstsiens mal werrer bäten upfrischen un fohrte kort entschlaten nah Sanssouci. Bi mienen Spaziergang dörch denn wunnerschönen

Park dröp ick einen Flötenspäler de in sien Tracht so utseech, as wenn de „Olle Fritz“ ut sien Graw upstahn wier, üm mi un de annern Besäuker wat vörtauspälen. Ick leggte em ´n Euro in de Doos´ för sien´ Fäut. Hei neigte dankend denn Kopp un keek mi mit sien blagen Ogen fründlich an, ahn dat Piepen tau unnerbräken. Ick fotografierte em nu ierst mal un sette mi den up ´ne Bank üm tautauhören, wat hei dor fleut´. Mücht woll von Mozart sin, - oer villicht von Schubert?

As de „Oll Fritz“ in spe denn mal ´n Ogenblick Paus makte, seggt ick tau em, dat hei as de Preußenkönig utseihn deed. Hei griente mi fründlich an un säd, dat hei mit 1,80 woll mihr na dei „Langen Kierls“ slagen wür, wiel „Friedrich dei Grote“ woll man blot fief Faut un drei Toll grot wäst sien sull.

Ick markte an sien Utspraak, dat hei nich von hier wier. Un dat kreech ick ok noch rut:

In Leningrad spälte Wladimir Iwanowitsch einst dei Querfläut in ein grot Sinfonieorchester. Peresestroika un Glasnost bröchten dat Läwen inne Sowjetdiktatur bäten dörcheinanner, un as Leningrad werrer St. Petersburg wür, güng ok sien Orchester ierst mal Pleite. Sietdem tingelte hei in Russland mit sien Fläut, wat kuum taun Läwen reikte. Dor erinnerte em sien Babuschka an ehre beiden Grotunkels, dei as Soldaten von Zar „Peter dei Grote“ an denn Preußenkönig Friedrich Willem II. verschenkt würrn.

Mit föftig Riesenrussen för dei „Langen Kierls“ von de Königliche Garde bedankte sik de Zar för dat Bernsteintimmer von Friedrich Willem.

„In denn König sien Liewgard´ von dei „langen Kierls“ güng dat dei Urunkels noch bärer as in dei Leiweigenschaft ehret Gaudsherrn“, meinte Babuschka, un dat hüt een anner Tied wier, un dat in Düütschland woll nich schlechter sien künn as in Russland. Dat har Wladimir Iwanowitsch nu oewertügt, un as hei ierst läst har, dat dei „Fritz“ ok giern Fläut spälte in Potsdam-Sanssouci, höl em nicks mihr von ´n Reis nah Düütschland af. Hei besorge sik passende Gadrow ala Fritz un fläut´ nu för dei Touristen.

As ick nu so neben em up de Bank seet un tauhürte, beobacht´ ick twei Touristen de ok ´n Münz spenden deeden. Dor föhl mi up, dat Wladimir mit ´mal ein anner Melodie fläut´, so dat de Beiden för em fuurts lies´ mitsingen deeden. Dit wier mi nu ´n grot Rätsel: Woher künn Wladimir weiten, wat dei Männer giern hüren wull´n?

An ehre Kledasch wier woll nich tau seihn, wat se för Landlüd wiern, folglich müssten Wladimir un de beiden Männer sik kennen. Oewer kein ein hett sik dor wat anmarken laten, un de Kierls sünd ok ahn Gruß wierergahn.

Dor wier doch wat? Wenn ick blos wüst wat! Disse Frag´ löt mi nu kein Ruh, oewer dat helpt nich, ward woll ´n Rätsel blieben.

Kurt Kaiser (Plattdütsch-Verein „Klönssack-Rostocker 7“ e.V.)

Tatsächliche Arbeitslosigkeit

Schlechte Meldungen kann auch die Landesregierung nicht gebrauchen.

Deshalb bleibt sie dabei, die Arbeitslosenzahlen schön zu rechnen. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Im Mai 2009 kam eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat.

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit er-

fassen will, muss ehrlich rechnen. Dazu sagte der damalige Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 4. Juni 2009 in der Fernsehsendung Panorama: „Alles, was an Effekten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsteht, wird jedes Mal zusammen mit der Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht. ... Ich glaube, dass man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann.“ Wer anders rechnen wolle, könne ja „seine Zahl veröffentlichen – und dazu ein Flugblatt drucken.“ Das tun wir gern. Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im Januar 2012 sind mehr als 153 Tausend Menschen im Bundesland Mecklenburg

Vorpommern arbeitslos. Zeit zu handeln statt zu tricksen.

PROTEST!
SOZIALKAHLSCHLAG STOPPEN

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Montag, 13. Februar 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Dienstag, 14. Februar 2012	17:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 15. Februar 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 16. Februar 2012	15:00 Uhr	Veranstaltung RotFuchs mit Dr. Norbert Podewin	Rostock	Mehrgenerationenh aus Evershagen
Montag, 20. Februar 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Dienstag, 21. Februar 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Bowlinggaststätte
Mittwoch, 22. Februar 2012	15:00 Uhr	Landesweite Aktion "politischer Aschermittwoch"	Demmin	
Donnerstag, 23. Februar 2012	18:30 Uhr	Kreistagsfraktion		
Samstag, 25. Februar 2012	9:00 Uhr	2. Tagung des 1. Kreisparteitages	Reinhagen	
Montag, 27. Februar 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Dienstag, 28. Februar 2012	17:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 29. Februar 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Samstag, 3. März 2012		Bundesweite Aktion: Mindestens 400 Infostände		
Samstag, 3. März 2012	9:30 Uhr	Landesparteitag	Güstrow	Bürgerhaus
Montag, 5. März 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Mittwoch, 7. März 2012	16:00 Uhr	Bürgerschaft	Rostock	Rathaus
Donnerstag, 8. März 2012		Internationaler Frauentag	Bad Doberan	Kantine der Kreisverwaltung
Freitag, 9. März 2012		Frauentagsfeier	Rostock	Charisma Stadtmitte
Samstag, 10. März 2012		Symposium "20 Jahre kommunalpolitisches Forum in MV"	Dargun	
Dienstag, 13. März 2012	17:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 14. März 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 15. März 2012	15:00 Uhr	Veranstaltung RotFuchs mit Klaus Steiniger	Rostock	Mehrgenerationenh aus Evershagen
Montag, 19. März 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Dienstag, 20. März 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Bowlinggaststätte
Montag, 26. März 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Dienstag, 27. März 2012	17:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 28. März 2012	18:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung	Bad Doberan	Kreisverwaltung-Kleiner Saal
Mittwoch, 28. März 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 29. März 2012	19:00 Uhr	Vortrag "1 Jahr arabischer Frühling"	Rostock	Bürgerhaus Groß-Klein
Samstag, 31. März 2012	9:30 Uhr	Kreisparteitag	Rostock	Stadhalle
Dienstag, 17. April 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Bowlinggaststätte
Samstag, 28. April 2012		Landeskongress zur Öffentlichkeitsarbeit		

Die Wette gilt!

Am 3. März sollen bundesweit mindestens 400 Infostände der LINKEN stattfinden.

Gute Gelegenheit für uns, Unterschriften für die Volksinitiative Mindestlohn zu sammeln! Zeitgleich zum Landesparteitag, der am 3. März in Güstrow stattfindet, sollten alle GenossInnen, die nicht als Delegierte am Parteitag teilnehmen, auf den Straßen des Landes unterwegs sein!

Informiert bitte bis zum 2. März die Landesgeschäftsstelle was, wann und wo stattfindet, damit wir auf dem Landesparteitag mitteilen können, dass die LINKE M-V ihren Beitrag zur 400er Infostand-Aktion geleistet hat....

PS: Die Landtagsfraktion wird auf dem Parteitag mit einem Info-Stand vertreten sein

Peter Ritter

Rückmeldungen bitte per E-Mail an Björn Griese: lv@die-linke-mv.de

Mindestlohn
volksinitiative-mv.de

Schwimmen im Land der Küstenkinder

Vereine, Sportler, Kinder und Jugendliche sehnen sich nach einer dritten Schwimmhalle für die Hansestadt Rostock. In der Neptunhalle streiten sich die Vereine um zu knappe Nutzungszeiten und viele Schulen wissen nicht, wie, wann und wo sie Schulschwimmunterricht anbieten können.

„Schwimmen lernen, das ist auch Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass alle Rostocker die Möglichkeit haben, ihrem Lieblingssport nachzugehen. Eine neue Halle ist kein Projekt, das morgen fertig ist, aber

wir möchten dieses Ziel in den kommenden drei Jahren realisieren. Wichtig ist uns eine moderne, energieeffiziente Halle, die neuesten ökologischen Ansprüchen genügt.

Die anderen Fraktionen monieren nun, die Stadt hätte kein Geld für eine neue Halle. Wir sehen das anders. Auch wenn Rostocks Altschulden getilgt werden müssen und wir eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik betreiben, sollte ebenso in die Zukunft investiert werden. Unser Haushalt ist gut aufgestellt und wir können es uns

leisten, Politik für Rostock zu gestalten, statt nur Sparpolitik zu betreiben“, so Eva-Maria Kröger, Fraktionsvorsitzende der Linken in der Rostocker Bürgerschaft.



Oskar Lafontaine

Wieder konnten wir vor kurzem Interview mit Oskar Lafontaines zur Weltwirtschaftskrise lesen. Und wieder fordert Lafontaine weltweite Kapitalabgaben von den Unternehmern und Banken.

Und wieder kann man ja sagen: Die Geldforderung an das Großkapital ist total richtig und wäre selbstverständlich eine Krisenabwehr erster Güte. Aaaber - agitatorisch (und da haben wir ja schon lange unsere Schwäche) kommt sie bei großen Teilen der Bevölkerung nur geringfügig an. Erstens winken viele Bürger ab: „Die Forderung ist utopisch. Damit kommt die Linke nie und nimmer durch!“

Zweitens hat die Medienmacht darauf eine leider sehr wirksame Antwort:

„Aha, ihr Kommunisten, wollt Anderen das Geld wegnehmen, und dann werdet ihr es verbrauchen, verbrauchen, verbrauchen, bis nichts mehr übrig ist - siehe Pleite der DDR.“ Zum Glück ist dem Reporter diese Losung mal nicht eingefallen.

Drittens trifft die Forderung nicht den Kern des gesetzmäßigen kapitalistischen Krisen-Übels. Denn das ist nach alter marxistischer Erkenntnis die Diskrepanz zwischen Lohn und Mehrwert. Eine erfolgreiche Massenwirkung unserer Partei muss also gerichtet sein

1. auf die Erhöhung der Reallöhne (zur Steigerung der Kaufkraft der Verbraucher)
2. auf die Kürzung der gesetzlichen Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich und Steuerentlastung der Kleineren Unternehmer (zur Beschränkung der Arbeitslosigkeit).

Da haben wir die werktätige Bevölkerung und den Mittelstand auf unserer Seite, (vielleicht sogar auf der Straße, wo wir ja nicht gerade oft genug in Erscheinung tre-

ten).

Noch einen zweiten schwachen Punkt des Interviews will ich anschnitten: Das ist Oskars Hinweis, dass eine Neuwahl nicht erforderlich sei, weil ja die Doppelspitze der Partei einen guten Job macht. Hier ist ihm seine eigene Bescheidenheit im Wege. Oder ist es seine schon einmal präsentierte Persönlichkeitshaltung: „Ihr werdet schon wieder bei mir anklopfen...“ Genau das müsste unsere Partei allmählich mal tun. Warum wohl?

Als der Große Lenin gestorben war, wurde im Politbüro natürlich die Frage aufgeworfen: „Wen sollen wir nun zum neuen Führer wählen?“ Da meldete sich einer der Genossen und sprach: „Wir brauchen keinen neuen Führer, wir haben ja einen Generalsekretär!“ Der das sagte, war selber der Generalsekretär, der Genosse Dshugaschwilli, auch Stalin genannt, der sich fünf Jahre lang still und bescheiden um den Apparat der Partei gekümmert, dort seine Leute installiert und sie vor allem nach Gehorsam ausgewählt hatte. Von da an regierte der Apparat mit Stalin an der Spitze, stürzte den Schrittmacher Chrustschow, setzte die Pflaume Breshnew (wie er später im Volk genannt wurde), ein und stürzte dann den nächsten Schrittmacher Gorbatschow, damit der Apparatschik Jelzin seine Leute zu den neuen Kapitalisten machen konnte. Ähnlich vollzog sich das in den anderen sozialistischen Ländern.

Ein Apparat ist gut und nötig in einer Partei, noch mehr braucht sie aber einen Schrittmacher, der vor allem geistig führt, Weitblick hat, Charisma besitzt, das Volk mitreißen kann. Den könnten wir haben. Günter Brock

Up un Dal



Gewinner:

Der bekannte Politologe Peter Grottian rief dazu auf, Banken mit Schokoladenpistolen zu besetzen. Gegen einen Strafbefehl wegen Aufforderung zum Hausfriedensbruch setzte er sich erfolgreich zur Wehr. Das Gericht sprach ihn frei.

Verlierer:

Barack Obama verkörperte einmal die Hoffnung auf den moralischen Aufbruch der amerikanischen Politik nach George W. Bush. Das Lager in Guantanamo wollte er schließen, nun wird die Schande zum Dauerzustand. Shame on you!

Zitat der Woche

„Mit einer Lüge kann kein Politiker auf Dauer leben. Ein paar mehr braucht er schon.“

Wolfgang Mocker (deutscher Journalist, 1954-2009)

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Welche AG des Rostocker Kreisverbandes sucht dringend Nachwuchs?

2. Wer fordert mehr Bürgerbeteiligung in der Rostocker Kommunalpolitik?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 29.02.2012

Runde Geburtstage Februar 2012

Irmgard Frädrich	BO Rerik	75. Geburtstag
Carola Griesberg	BO Kühlungsborn	55. Geburtstag
Olaf Gärtner	BO Dummerstorf	45. Geburtstag
Charlotte Klepzig	BO Kammerhof Bad Doberan	98. Geburtstag
Gitta Ogrzewalla	BO Kühlungsborn	70. Geburtstag
Werner Schwanbeck	BO X Bad Doberan	87. Geburtstag
Rita Seefeldt	BO II Bad Doberan	86. Geburtstag
Willi Staatz	BO II Bad Doberan	85. Geburtstag
Siegfried Unverricht	BO II Bad Doberan	84. Geburtstag

Runde Geburtstage März 2012

Ilona Eckhardt	BO Graal-Müritz	55. Geburtstag
Filip Gärber	BO Sanitz	20. Geburtstag
Lotte Hoff	BO Amt Schwaan	95. Geburtstag
Annerose Sasum	BO Sanitz	84. Geburtstag
Klaus Schoppmeyer	BO Retschow	65. Geburtstag
Thea Schulz	BO Amt Schwaan	84. Geburtstag
Dirk Stübs	Sympathisant	45. Geburtstag
Inge Unverricht	BO II Bad Doberan	82. Geburtstag
Hildegard Wagner	BO II Bad Doberan	89. Geburtstag
Günter Waldschläger	BO Satow	82. Geburtstag